

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 41 (1949)
Heft: 11

Artikel: Rückblick auf eine misslungene Streikaktion : die Niederlage der Kommunisten in Finnland
Autor: A.K.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353412>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ung bei Krankheit oder Unfall zweifellos einem wirtschaftlichen Bedürfnis entspricht.

Sind sie erst verheiratet, so wird die Zusatzversicherung im Hinblick auf die Geburtengelder für sie doppelt wichtig. Aber auch wer noch ledig ist, sollte sich vom Abschluss der Zusatzversicherung unter keinen Umständen abhalten lassen. Wer die Zusatzversicherung schon einige Zeit vor der Heirat abschliesst, ist sicher, dass er schon für die erste Geburt das maximale Geburtengeld erhalten wird, ganz abgesehen von den Vorteilen, welche auch ihm die Krankenzusatzversicherung bietet.

Personen in mittlerem und vorgerücktem Alter werden zwar vielleicht nicht mehr in den Fall kommen, Geburtengelder zu beziehen. Infolge ihres Alters sind sie aber erfahrungsgemäss anfälliger für Krankheiten. Für sie ist aber der Einschluss der Kranken-Zusatzversicherung geradezu ein Gebot der Vorsicht.

Durch die Verknüpfung der Kranken-Zusatzversicherung mit einer Geburtengeld-Versicherung ist es gelungen, einen wertvollen Risikoausgleich zwischen jung und alt zu schaffen. Dieser erlaubt es, die Zusatzprämien in erstaunlich bescheidenem Rahmen zu halten, trotz den recht ansehnlichen Leistungen, welche die beiden Zusatzversicherungen *zusammen* ergeben.

Zweifellos stellt die neue Schöpfung der Coop-Leben einen wertvollen Baustein für die Errichtung der Selbstvorsorge, das heisst für den Ausbau des Familienschutzes dar. Grundsätzlich ist die Kranken- und Geburten-Zusatzversicherung zu allen Lebensversicherungen nach den Haupttarifen der Coop-Leben zugelassen, und zwar — das sei noch besonders hervorgehoben — auch zu den kleinen Versicherungen *ohne* ärztliche Untersuchung. So werden denn fortan die Mitglieder der Coop-Leben für neu abzuschliessende Versicherungen, in welche sie die Zusatzversicherung einbauen lassen, sowohl Anspruch auf *Prämienbefreiung im Krankheitsfalle* als auch auf Auszahlung der in den Bedingungen vorgesehenen *Geburtengelder* haben.

E. Debrunner.

Rückblick auf eine misslungene Streikaktion

Die Niederlage der Kommunisten in Finnland

Fast ein Vierteljahr lang, von Mitte Juli bis Anfang September, hat eine grossangelegte Streikbewegung die finnische Oeffentlichkeit und die Welt in Atem gehalten. Nach deren kläglichem Zusammenbruch ist es nunmehr möglich, rückblickend die Bedeutung und die Folgen dieser kommunistischen Grossaktion für die finnische Arbeiterbewegung zu untersuchen.

Finnland, mit seinen fast vier Millionen Einwohnern, ist der einzige Nachbar Russlands in Europa, dessen Regierung nicht vom

Kreml abhängt und dessen politische Tendenz antikommunistisch ist. In der Gewerkschaftsbewegung (350 000 Mitglieder) beherrschten die Sozialdemokraten seit längerer Zeit rund zwei Drittel, die Kommunisten rund einen Drittel der Mitgliedschaft. Im Frühjahr 1949 lag die Leitung von zehn Verbänden mit rund 140 000 Mitgliedern:

Bauarbeiter	28 000
Holzarbeiter	25 000
Hafen- und Transportarbeiter	23 000
Waldarbeiter und Flösser	18 000
Textilarbeiter	16 000
Lebensmittelarbeiter	11 000
Leder- und Schuharbeiter	9 000
Seeleute	6 500
Maurer	3 500
Taucher	300

in kommunistischer Hand, während die übrigen grossen Verbände, vor allem die Staatsarbeiter, die Handelsangestellten, die Land- und Hilfsarbeiter, Metallarbeiter, Eisenbahner und Typographen unter sozialdemokratischer Führung standen. In der Papierarbeitergewerkschaft hatte kurz zuvor ein heftiger Kampf um die Mehrheit stattgefunden, der beim ordentlichen Kongress in Tampere zu einem kleinen sozialdemokratischen Vorsprung führte. Da sich die geschlagenen Kommunisten nicht fügten, sondern Archiv und Buchhaltung wegschafften (wen erinnert das nicht an ähnliche Vorkommnisse in der Schweiz? Red. « G. R. »), mussten die Gerichte angerufen werden. So weit die einzelnen Verbände. In der Leitung des Finnischen Gewerkschaftsbundes sind beide Richtungen noch heute proportionell vertreten; erster Vorsitzender ist ein Sozialdemokrat (Sumu), zweiter ein Kommunist (Tattari), erster Zentralsekretär wieder ein Sozialdemokrat (Lindblom), zweiter ein Kommunist (Hiironen) usw.

Ueber den Ursprung der Streikaktion dieses Sommers ist zu sagen, dass er nicht ausschliesslich in politischen Motiven zu suchen ist, sondern dass die ersten Streiks sicher zunächst als legitime Abwehr gegen eine drohende allgemeine Lohnabbau-bewegung der Arbeitgeber gedacht waren. Für den ausländischen Beobachter liegen die finnischen Lohnfragen nicht ganz einfach. Der von der Regierung im Jahre 1947 diktierte Lohnstopp war vielfach umgangen worden. Um tüchtige Arbeitskräfte zu erhalten und auch um die Arbeitsfreude zu heben, wurden häufig « schwarze Löhne » bezahlt, sei es in Form von Barzulagen (auch ungerechtfertigte Zuschläge für angeblich schmutzige oder besonders gefährliche Arbeit), sei es in Form von Naturalien, Spezialferien und anderem. Der Erwähnung bedarf hier, dass für rund 90 Prozent der Arbeiterschaft das Prinzip des Akkordlohnes mit Minimalgarantie gilt.

Während der Exportkrise des vergangenen Winters versuchten nun einige Arbeitgeberfirmen, die schwarzen Löhne abzubauen, indem sie sich auf deren Illegalität beriefen. Trotzdem die Arbeiter keinen gesetzlichen Anspruch auf Weiterzahlung dieser Zuschläge hatten, löste der Vorstoss grosse Unzufriedenheit aus, da aus ihm ein effektiver Einkommensabbau für die gesamte Arbeiterschaft drohte, soweit sie seit Jahr und Tag (und von der Preis- und Lohnkontrolle stillschweigend geduldet) diese Vorteile genoss. Der bekannte erste Streik von Kemi, der 60 bis 70 Auslader betraf und in den ersten Julitagen ausbrach, bedeutete daher zunächst ein « Wehret den Anfängen » gegenüber den Absichten der mächtigen Kemi AG., einen « schwarzen » Zuschlag von 20 Fmk. abzubauen, der zwei Jahre lang unbeanstandet ausbezahlt worden war.

Seit dem Gründungskongress des Finnischen Gewerkschaftsbundes (SAK) im Jahre 1931 bedarf jeder Streik eines Verbandes zu seiner Gültigkeit der Genehmigung des Gewerkschaftsbundes, genau so wie jeder örtliche Streik der Zustimmung des Verbandes bedarf. Kaum war der Streik der Verlader, Flösser und Pulparbeiter in Kemi ausgebrochen, als am 4. Juli 1949 die Finnmark um 18 Prozent abgewertet wurde. Daraufhin machten die sieben grössten kommunistischen Verbände eine Eingabe an die Regierung, in der sie eine allgemeine Lohnerhöhung forderten und daran Streikdrohungen knüpften. Obwohl im Gefolge einer jeden Abwertung eine Lohnaktion an und für sich diskutabel erscheint, trug die ganze Angelegenheit von Anfang an den Stempel der politischen Auseinandersetzung zwischen der sozialdemokratischen Regierung Fagerholm und der stark nach Russland orientierten kommunistischen Opposition (im Parlament 38 Mandate oder 19 Prozent aller Sitze). Die Regierung lehnte das Begehren der sieben Verbände ab und der Ausschuss des SAK erklärte in Uebereinstimmung damit (meist mit 8 gegen 6 oder 7 gegen 5 Stimmen), dass für die geplanten Landesstreiks im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit einer ökonomischen Stabilisierung im Lande keine Bewilligungen erteilt würden. Damit war die Situation vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus geklärt. Ohne die unerhörte Zuspitzung der politischen Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten hätten sich die sieben Verbände fügen, Regierung und SAK in ihrem Bestreben unterstützen müssen, Finnland exportfähig zu erhalten ohne die Löhne abzubauen.

Aber die Kommunisten, die mit dem Weltgewerkschaftsbund (der SAK ist formell Mitglied geblieben) und der Kominform in engen Beziehungen stehen, sahen im Kemistreik (zirka 3000 Streikende) und in der gleichzeitig erfolgten Devaluation eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit, den nach dem grossen Arabastreik im Oktober 1948 stark ramponierten Führungsanspruch zu erneuern und bei eventueller « glücklicher Konstellation » auch die

verhasste Regierung Fagerholm aus dem Sattel zu heben. Ob darüber hinaus wirklich an einen eigentlichen politischen Umsturz zur Einbeziehung Finnlands in den Block der Satelliten gedacht wurde, mag dahingestellt bleiben. Es hiesse die Intelligenz der kommunistischen Führung wohl zu tief einschätzen, wollte man annehmen, sie hätte eine derartige Unterwerfung des finnischen Volkes wirklich für möglich gehalten.

Jedenfalls entfaltete die kommunistische Gewerkschaftsopposition im Verlaufe des Augusts eine gewaltige Propaganda für jede Art wilder Streiks. Sie entwarf ein Streikprogramm, in dem die Daten des Streikbeginns in folgender Weise dosiert waren:

- 18. August: Waldarbeiter und Flösser
- 18. August: Hafenarbeiter
- 18. August: Lebensmittelarbeiter
- 18. August: Bauarbeiter
- 20. August: Holzarbeiter
- 22. August: Transportarbeiter
- 23. August: Leder-, Schuh- und Gummiarbeiter
- 24. August: Textilarbeiter
- 27. August: Maurer

In ganz Finnland wurden zahllose Massenversammlungen und eine intensive Agitationskampagne in den hintersten Betrieben und auf dem Lande veranstaltet, die rasch die Meisterhand der Kuusinen, Lehen und Konsorten verriet,

Die Regierung ward sich Mitte August klar darüber, dass die Lage ernst war. Gelang es den neun Verbänden (die Seeleute weigerten sich, die Streikparole zu übernehmen) ihre ganze Mitgliedschaft mitzureissen, so würde bis Ende August Finnlands Wirtschaft so gut wie paralysiert sein. Diese Gefahr bestand auch deshalb, weil die sozialdemokratischen Arbeiter, die in jenen Verbänden die Minderheit ausmachten, sich nur mit grösstem Widerwillen gegen ihre Verbandskollegen als Streikbrecher einsetzen lassen würden, dies um so mehr, als sie sich selber sagen mussten, die Abwertung werde auf alle Fälle eine gewisse Verteuerung der Lebenshaltung mit sich bringen.

Dieser Situation zeigte sich die im Zweifrontenkrieg stehende sozialdemokratische Führung gewachsen. Ende Juli hatte Fagerholm zwei neue Minister in sein Kabinett aufgenommen, deren Aufgabe es war, sich mit den ökonomischen Problemen des Landes und namentlich mit den Arbeitskonflikten zu befassen: der eine war Huunonen, damals Präsident des SAK und dessen Delegierter am Kongress von Mailand, — der andere war der 32jährige Unto Varjonen, ein Draufgänger aus der Schule Väinö Tanners. Neben wiederholten Vermittlungsversuchen in Kemi und Abmahnungen an die streikentschlossenen Verbände setzten diese beiden Minister

eine Gegenpropaganda in Szene, die sich an die ganze Bevölkerung wandte und auf die revolutionären Aspirationen der Kommunisten mit aller Deutlichkeit hinwies.

Am 18. August, dem ersten Tag der Landesstreiks, rief die kommunistische Streikführung in Kemi mittels Lautsprechern zum Sturm auf die Arbeitsplätze auf, wo zirka 150 Arbeitswillige tätig waren. Dem Zug der Streikenden trat die mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizei entgegen. Es gab zwei Tote und mehrere Verletzte (das eine Todesopfer wurde im allgemeinen Durcheinander von einem Lastwagen überfahren), und am gleichen Abend traf eine Abteilung Militär ein, die in der Folge die völlige Ruhe in Kemi gewährleistete. Obwohl dieser blutige Zusammenstoss zu den heftigsten kommunistischen Ausfällen in Presse und Versammlungen führte, und der Innenminister Simonen wiederholt als «Mörder von Kemi» abgebildet wurde, war doch der 18. August von entscheidender Bedeutung als «Anfang vom Ende». Die ganze finnische Öffentlichkeit horchte auf. Wären die Arbeitswilligen von Kemi unbeschützt geblieben, so hätte in keinem Hafen, in keiner Fabrik und auf keinem Fluss irgendein Arbeiter es gewagt, dem Aufruf des Gewerkschaftsbundes und der Regierung Folge zu leisten. Eine kleine Gruppe kommunistischer Funktionäre, hinter der die Vertrauensleute des Kremls standen, hätten die ganze Wirtschaft des Landes lahmlegen und in dem entstehenden Chaos eine politische Zwangslage hervorrufen können. Es braucht nicht betont zu werden, dass die Konsequenzen unabsehbar gewesen wären.

Wohl traten in der Zeit vom 18. zum 27. August Zehntausende von Arbeitern wie vorgesehen in den Streik. Aber die energischen Gegenmassnahmen der Regierung in Presse, Radio, Plakaten und Versammlungen hatten bewirkt, dass andere Zehntausende, die die Katastrophenpolitik der Kommunisten entweder schon erlebt hatten oder sonst durchschauten, bei der Arbeit blieben oder in die zu «offenen Arbeitsplätzen» erklärten Streikbetriebe hinübertraten. Sowohl die Textilarbeiter wie die Lederarbeiter verschoben das Datum des Streikausbruchs. Im Landtransportwesen war der Streik ein völliges Fiasko. Wirksam war die Streikparole in den Häfen und auf dem Bau. Die höchste Zahl der im Ausstand befindlichen Arbeiter war, inbegriffen die Metallarbeiter, von denen weiter unten noch die Rede sein wird, mit rund 35 000 Streikenden Ende August erreicht. Das war für die Kommunisten eine schwere Niederlage. Dazu kam, dass die Solidaritätsbeiträge und die eigenen Mittel keineswegs ausreichten, um eine so grosse Zahl Streikender längere Zeit hindurch zu unterstützen. Die Unzufriedenheit wuchs rasch, als es klar wurde, dass die schwach beschäftigte Exportindustrie vielfach gar nicht unglücklich darüber war, den Bestand ihres Personals etwas reduzieren zu können, die treuesten Streikanhänger also wahrscheinlich auf der Strecke bleiben würden. Dagegen hiel-

ten die Bauarbeiter, aus der gegenteiligen Erwägung (grosse Wohnungsnot), am längsten aus. Vom 1. September an ging die Zahl der Streikenden ständig zurück.

Der kommunistische Generalstab spielte noch einen Trumpf aus. Der Metallarbeiterverband ist mehrheitlich sozialdemokratisch (zirka 60 000 Mitglieder, davon rund 40 Prozent kommunistisch). Gelang es, einzelne wichtige Maschinenfabriken in den Ausstand zu treiben, so war zwar damit keineswegs eine Lohnerhöhung zu erreichen, wohl aber eine empfindliche Verlangsamung der Reparationslieferungen an die Sowjetunion, auf deren Verspätung von jeher hohe Dollarbussen zum Nachteil Finnlands standen. Die Sektion Turku (Abo) des finnischen Metallarbeiterverbandes fasste am 28. August den Beschluss, zu streiken und führte diesen Beschluss am folgenden Tage, trotz Androhung der schärfsten Konsequenzen durch die Verbandsorgane, auch aus. Ueber 5000 Metallarbeiter leisteten dem Ruf der Kommunisten Folge, trotzdem deren Presse im gleichen Atemzug die Regierung beschuldigte, den Friedensvertrag mit Russland zu sabotieren. Aber auch diese neue aussenpolitische «Wellenlänge» ergab eine Niederlage, indem sich die Sowjetunion in keinem Stadium der Auseinandersetzung zu einer Einmischung bereit fand, sondern sich mit einigen wenigen Polemiken in der Presse und am Radio begnügte. Die Metallarbeiter kehrten schliesslich, wie ihre Kollegen der übrigen Verbände, freiwillig zur Arbeit zurück, als es klar wurde, dass dem Feldzug kein Erfolg beschieden sein werde.

Die Bilanz des Mitte September endgültig zusammengebrochenen Streikunternehmens ist äusserst unerfreulich. Tausende von kommunistischen Arbeitern sind um eine Illusion und um insgesamt 100 Millionen Finnmark an Löhnen ärmer. Hunderte haben ihre Stellen endgültig verloren, andere Tausende werden nur als «Neue» eingestellt, was hinsichtlich Ferienanspruch, Pension usw. von weittragender Bedeutung ist. Die sieben Verbände, die den Streik durchführten, sind am 23. August und folgende Tage aus dem SAK ausgeschlossen worden. Lebensmittelarbeiter, Maurer und Taucher wurden inzwischen wieder aufgenommen, die Verhandlungen mit den vier übrigen Verbänden dauern noch an, da der SAK nicht bereit ist, sich mit papiernen Garantien zu begnügen, dass inskünftig solche Disziplinbrüche unterbleiben werden. Als Silberstreifen am gewerkschaftlichen Horizont darf wohl die Aussicht bezeichnet werden, die Kommunisten in verschiedenen Verbänden in Minderheit versetzen zu können.

Die Zerschlagung der kommunistischen Streikoffensive war eine politische und organisatorische Notwendigkeit. Die schwierigen Lohn- und Preisprobleme bleiben natürlich weiter bestehen, besonders seit der am 19. September erfolgten zweiten Abwertung um weitere 44 Prozent. Die Regierung hat während der Streiks und

auch seither die Arbeitgeber wissen lassen, dass die seit dem Sommer 1948 bezahlten Löhne auch weiterhin auszurichten seien. Die Verlager von Kemi haben ihren «schwarzen» Zuschlag von 20 Mark, dessen Abschaffung die Ursache des dortigen Streiks war, immer noch, und es sind keine weiteren Versuche gemacht worden, die Effektivlöhne zu reduzieren. Seit der zweiten Abwertung trachtet die Regierung mit allen Mitteln, die Importe so zu lenken, dass der Lebenskostenindex nur um einen Bruchteil dessen steigt, was an Gewinn für die Exportindustrie herausgeholt werden kann. Ob allerdings auf die Dauer Lohnerhöhungen vermieden werden können, ist eine andere Frage.

Jedenfalls steht heute dem kläglichen Versagen der Kommunisten ein gewaltiger Prestigegewinn der sozialdemokratischen Regierung (die aus lauter Gewerkschaftern und Genossenschaftlern besteht) gegenüber. Wären heute Wahlen fällig, so würde sich daraus zweifellos ein starker Mandatgewinn ergeben. Aber auch so ist die Einparteiregierung Fagerholm nun fester im Sattel denn je zuvor, getragen vom Vertrauen der übergrossen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung des Landes.

A. K., Helsinki.

Das tschechoslowakische Beispiel — eine Warnung für demokratische Gewerkschaften

Tschechoslowakische Gewerkschafter, die dem freigewerkschaftlichen Gedanken treugeblieben sind, müssen Giacomo Bernasconi dankbar dafür sein, dass er in seinem Bericht an den Ausschuss des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in der Frage des Weltgewerkschaftsbundes * auch den bitteren Eindruck erwähnt hat, den die schweizerische Delegation anlässlich ihrer Teilnahme am URO-Kongress in Prag im April 1946 erhalten hatte. In vertraulichem Gespräch mit alten bekannten Gewerkschaftskollegen wurde sie darüber informiert, wie lange vor dem kommunistischen Februarputsch des Jahres 1948 jeder Versuch zur Neubildung der alten Berufs- und Industrieverbände und Richtungsgewerkschaften brutal unterdrückt wurde. Das Täuschungsmanöver, das die angebliche « einheitliche Gewerkschaftsbewegung » vom Mai 1945 bis Februar 1948 aufgeführt hat, haben wenige ausländische Betrachter zu durchschauen vermocht, und eine geschickte, im Verhüllen von Blößen geübte Propaganda hat da ein übriges getan. Es ehrt unsere Schweizer Kollegen, dass sie ihr nicht erlegen sind. Da das Thema nun einmal angeschnitten wurde, ist es vielleicht am Platze, etwas mehr darüber zu sagen. Es handelt sich zwar um ein abgeschlossenes Kapitel, das der Vergangenheit angehört, aber wer aus dem

* « Gewerkschaftliche Rundschau », 1949, Juliheft, Seite 207.